

Bastian Brinkmann

Die geprellte Gesellschaft

Bastian Brinkmann

DIE GEPRELLTE GESELLSCHAFT

Warum wir uns mit der Steuerflucht von Reichen
und Konzernen nicht abfinden dürfen

Deutsche Verlags-Anstalt



Verlagsgruppe Random House FSC® Noo1967
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Munken Premium Cream liefert Arctic Paper Munkedals AB, Schweden.

1. Auflage

Copyright © 2014 Deutsche Verlags-Anstalt, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH
Alle Rechte vorbehalten

Typografie und Satz: Brigitte Müller/DVA

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04646-8

www.dva.de

Inhalt

7	Auftakt
	Kapitel 1
11	Die Reichen
	Kapitel 2
73	Die Konzerne
	Kapitel 3
125	Die Steueroasen
	Kapitel 4
161	Die Politik
	Kapitel 5
199	Gegensteuern
251	Schluss

Auftakt

Beamte stoppen das kleine Auto an der Grenze. Sie inspizieren den Wagen und finden die noch heiße Ware: Pizza. Sie lassen den Fahrer mit einer Verwarnung davonkommen, beim nächsten Verstoß droht eine Strafe von 250 Franken. Die Schweiz hat Angst vor Steuerhinterziehern. Sie fahren Motorroller oder Kompaktklasse und liefern Essen aus, das aus deutschen Küchen stammt. Im Februar 2014 untersagt deswegen die Eidgenössische Zollverwaltung, dass bestelltes Essen einfach so über die Grenze gefahren werden darf. Die muss nun ordentlich als Handelsware angemeldet werden. Betroffen sind »Pizza, Kebab, Thai-Food, Sushi usw.«, teilt die Verwaltung trocken mit. Der Essenslieferant muss nun zuerst zum Zoll fahren und kann dann erst zum hungrigen Kunden. Allerdings macht beispielsweise das Zollinspektorat Rheinfelden schon um 17 Uhr zu. Am Wochenende öffnet es erst gar nicht. Der Lieferant Venedig Pizza Heimservice aus Bad Säckingen will das nicht hinnehmen. Sein Geschäftsführer kündigt an, weiter in die Schweiz zu liefern. Vierzig Prozent seiner Kunden wohnten dort, sagt er. Er lasse sich nicht ruinieren. Man wisse, dass Pizzakuriere auch unbesetzte Zollstraßen benutzen, betont die Schweizer Zollverwaltung. Wenn man die Kuriere dort beim Grenzübertritt erwischt, drohe ein Strafverfahren. Die Boulevardzeitung *Blick* schreibt vom »Pizza-Krieg«.

Nun lernen es auch die Schweizer, und dann gleich noch auf die ganz harte Tour: Steueroasen sind schädlich. Diesmal sitzen

die Täter auf der deutschen Seite und verkaufen billige Pizzen. Die Opfer sitzen auf der Schweizer Seite und bleiben hungrig.

Steueroasen schaden allen. Sie entziehen unseren Gesellschaften Geld, das wir eigentlich dringend in die Zukunft investieren müssten. Steueroasen verzerren den Wettbewerb. Je fieser und unmoralischer ein Konzern Gesetzeslücken ausnutzt und Steuergesetze prellt, desto höher sein Gewinn. Wer sauber bleiben will oder sich keine teuren Berater leisten kann, der alle Tricks kennt, bleibt auf der Strecke. Steueroasen sind gefährlich. Sie schützen die Geschäfte von Kriminellen und setzen die Politiker in entwickelten Ländern unter Druck, auch hierzulande die Standards zu schleifen. Auch die Bundesregierung hat schon Gesetze geändert, weil die Offshore-Lobby das so wollte.

Steuerfragen sind Machtfragen. Schon 1773 bei der Boston Tea Party ging es den Bewohnern der nordamerikanischen Kolonien nicht nur um einen Steuerprotest, sondern auch um demokratische Mitsprache. Zu schade, dass der Markenname der Tea Party von Rechtspopulisten übernommen wurde, denen es nicht um die Demokratie geht.

Wer schreibt heute die Steuergesetze: die Menschen oder das Kapital? In jeder Steuererklärung zeigt sich auch ein Staatsverständnis. Die einen zahlen gern, die anderen zähneknirschend, manche leidenschaftslos, andere hasserfüllt. Steuerpolitik betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft. Sie erzählt gute und böse Geschichten, sie definiert Staat, Bürger, Macht und Vertrauen. Und die Steuer bestimmt, ob ich nachher noch genug Geld habe, um mir einen Urlaub oder einen Tabletcomputer leisten zu können, oder ob ich noch sparen muss – oder schwarzarbeiten am Wochenende.

Klar ist: Beim Thema Steuern läuft vieles schief. Mikrostaaten fördern ihre sogenannten Offshore-Dienstleister und scheren sich einen Dreck darum, ob sich die europäischen Wohlfahrtsstaaten

noch finanzieren können, wenn ihre wichtigsten Steuerzahler ihr Geld ins Ausland tragen. Die Jagd nach immer besseren Quartalszahlen treibt multinationale Konzerne dazu, den Finanzämtern aggressiv auch noch den letzten Cent aus der Tasche zu ziehen. Selbst staatlich kontrollierte Firmen lassen sich in Steueroasen nieder. Und immer wieder finden Reiche, dass sie über dem Gesetz stehen und am besten selbst entscheiden, wie viele Steuern sie eigentlich zahlen möchten und wie viel Geld sie dem Fiskus vorenthalten. Droht etwas schiefzugehen, rollt ihnen die Politik mit der Selbstanzeige den roten Teppich aus.

Aber es tut sich etwas. Der Internationale Währungsfonds sieht gerade eine Jahrhundertchance, das Steuersystem zu reformieren. Strafverteidiger sprechen davon, dass es früher oder später jeden Steuerhinterzieher erwischen werde. Erste Offshore-Banken werden vom globalen Finanzsystem abgeschnitten, Steuerflüchtlinge können plötzlich nichts mehr überweisen. Deutsche Finanzbeamte berichten, dass sie seit den Medienberichten zu »Offshore-Leaks«, der Enttarnung des weltweiten Systems von Steueroasen, das Gefühl haben, nun als Arbeiter für die Gerechtigkeit wahrgenommen zu werden.

Wir entscheiden, wie unsere Gesellschaft aussehen soll. Welche Regeln gelten und wie wir ihnen Geltung verschaffen wollen. Man muss sich mit dem Status quo nicht abfinden. Man darf sich wundern. Man darf sich empören. Man darf auch selbst entscheiden, ob man versucht, dieses Buch von der Steuer abzusetzen. Aber das machen Sie doch nicht. Oder?

DIE REICHEN

Warum sie die Gesellschaft spalten

Es gibt Menschen, die setzen sich in eine Hotelbar und sagen dann: »Ich habe seit 1998 keine Steuern mehr gezahlt.« Der Satz soll ausstrahlen: Hier sitzt ein Held. Einer, der sein Geld, sein Leben in seine eigene Hand nimmt. Der es beschützt vor dem bösen Finanzamt. Der Tricks gefunden hat, die der trottelige Staat nicht kennt.

Keine Steuern zahlen oder es zumindest probieren, die Rechnung zu drücken. Und stolz darauf sein. Was treibt Menschen dazu? Was sind das für Typen?

Es gibt vier Gründe, warum reiche Menschen Steueroasen nutzen: Im offensichtlichen Fall wollen sie Steuern hinterziehen, also per Gesetzbruch die Gemeinschaft prellen. Entweder haben sie das Geld schon illegal erworben, aus Schwarzarbeit oder anderen kriminellen Geschäften, und müssen es irgendwo einzahlen, wo niemand nach der Herkunft fragt. Oder es ist brav versteuertes Geld, das sich nun vermehren soll, ohne dass der Staat mitkassiert.

Friedrich Schneider, Professor an der Linzer Universität, erforscht das Universum der Steuerhinterziehung. Er nähert sich dem Thema mit Umfragen, wertet Statistiken zu Steuer-CDs und Selbstanzeigen aus. Aufgrund seiner Arbeit teilt er die Steuerhinterzieher in drei Gruppen ein. Da gibt es die, die nur ein bisschen

zur Seite schaffen wollen, falls mal etwas passiert. Die vielleicht Handwerker sind oder eine kleine Firma haben und die erst mal nur 50 000 Euro über die Grenze bringen, keine großen Summen. Wenn das kein Schwarzgeld, sondern schon ordentlich versteuert wurde, kommen bei moderater Verzinsung nur ein paar Hundert Euro Zinsen dazu, die steuerrechtlich relevant wären. Diese Leute können dann aber tiefer in die Hinterziehung hineinrutschen, wenn sie merken, dass ihre Tat unentdeckt bleibt. Dann stocken sie das Konto nach und nach auf. Schneider schätzt, dass vierzig Prozent der Steuerhinterzieher in diese Kategorie fallen. Ebenso groß sei der Anteil derer, die rational und kühl an die Sache herangehen. Sie hinterziehen mit Vorsatz und kennen die Gesetze genau. Sie betreiben Steuerhinterziehung, als wäre es ein Geschäft. Der Rest, zwanzig Prozent der Fälle, sind laut Schneider Spielertypen, die Steuerhinterziehung betreiben wie ein Glücksspiel im Casino. Typischer Satz: »Wenn ich aufpasse, erwischen die mich nicht.« Sie hätten Freude am Betrügen.

Zweite Möglichkeit, warum Reiche auf Steueroasen setzen: Sie begehen Steuerflucht, nutzen also ganz legal die Möglichkeiten, die reiche Menschen haben, um den Fiskus auszuspielen. Diese Fälle werfen weniger strafrechtliche Fragen auf als moralische und politische: Darf man alles machen, was geht? Und warum lassen wir zu, dass es noch geht? So wie große Konzerne Gewinne auf der Welt verschieben, um Steuern zu sparen, basteln sich Reiche ähnliche Konstruktionen. Das lohnt sich, wie bei Firmen, in der Regel erst ab einer gewissen Summe. Der Verwaltungsaufwand ist hoch, man muss Spezialisten beauftragen: Steuerberater und Juristen, die die Situationen des Mandanten und die zwischen den Zeilen der Gesetzestexte versteckten Möglichkeiten genau kennen. Der Deutschland-Chef der Investmentbank Goldman Sachs etwa, Alexander Dibelius, nutzte zwei Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln, um eine millionenschwere

Immobilie in London zu kaufen. Das ist eine beliebte Steuersparkonstruktion der High Society: Der britische Staat verlangt eigentlich eine Steuer, wenn eine Wohnung den Besitzer wechselt. Deswegen gehören viele Londoner Luxusheime auf dem Papier nicht Menschen, sondern anonymen Firmen im Ausland. Wenn man dann die Wohnung weiterkaufen will, veräußert man nur die Briefkastenfirma, nicht die Immobilie selbst. Die entsprechende Steuer entfällt, weil auf dem Papier der Besitzer – die Firma – gleich bleibt.

Eine aufwändigere, aber umso effektivere Methode der Steuerflucht ist, den Wohnsitz zu verlagern, wie auch Konzerne ihre Firmensitze in Länder verlegen, die ihnen angenehmer erscheinen. Für Privatpersonen ist das keine leichte Entscheidung: Meist muss die komplette Familie ihre Sachen packen und sich an einem anderen Ort ein neues Zuhause suchen. Wer allerdings sowieso gerne und ausgedehnt Urlaub an Schweizer Seen macht, kann so das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Auch für diesen Steuervermeidungstrick, »Relocation« genannt, gibt es Dienstleister, die eine Wohnung vor Ort anmieten oder gleich ein Häuschen kaufen, ein Umzugsunternehmen organisieren und mit den Steuerbehörden eine günstige Lösung verhandeln. Ein vorgetäuschter Umzug kann allerdings teuer werden, wie prominente Fälle zeigen. Der Schlagersänger Freddy Quinn wurde 2004 wegen Steuerhinterziehung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldbuße von 150 000 Euro verurteilt. Quinn hatte offiziell seinen Hauptwohnsitz jahrelang in der Schweiz. Tatsächlich lebte er überwiegend bei seiner Hamburger Lebensgefährtin und hätte deswegen eigentlich in Deutschland Steuern zahlen müssen. Auch Boris Becker teilte dem Finanzamt irgendwann mit, er wohne nun in Monaco, nahm sich dann aber eine Wohnung in München. Er hat so Einkommen- und Vermögensteuer in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro hinterzogen, urteilte ein

Gericht 2002. Dafür wurde er zu drei Jahren und vier Monaten Strafe verurteilt. Davon waren allerdings nur zwei Jahre eine Freiheitsstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die restliche Zeit wurde als Geldstrafe verhängt: 500 Tagessätze à 600 Euro. Somit musste Becker nicht ins Gefängnis. »Das war mein wichtigster Sieg«, sagte er nach dem Urteil. Ein paar Jahre später antwortete er im Interview ohne Worte im *SZ-Magazin* auf die Frage: »Was möchten Sie den deutschen Steuerbehörden ausrichten?«, indem er den Mittelfinger zeigte.

Die geheimen Strukturen der Steueroasen schützen, das ist der dritte Vorteil, nicht nur vor dem Finanzamt, sondern auch vor Gläubigern, Exfrauen und Erben, die einem ans Geld wollen. »Asset Protection« heißt das beschönigend in der Fachsprache der Finanzwelt, Vermögensschutz. Der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki lobte im Fernsehen die Vorteile der Anonymität, die Steueroasen mit sich bringen, »aus eigener Erfahrung«. Als Rechtsanwalt habe er einen prominenten Deutschen vertreten, der eine anonyme Stiftung in der Schweiz habe. Die Stiftung habe der Betroffene aber nicht aus Steuergründen genutzt, sondern um Zahlungen an sein nichteheliches Kind zu verschleiern. Davon sollte nämlich keiner wissen. Wenigstens beim Geldverkehr wollte sich sein Mandant nun schützen.

Und viertens gibt es natürlich vermögende Menschen, die aus viel Geld noch mehr Geld machen möchten und sich dafür an vermeintliche oder tatsächliche Experten wenden. Sogenannte Vermögensverwalter sitzen dort, wo viel Geld ist: in Steueroasen. Schweizer Banken sind ja nicht nur als geheime Geldspeicher interessant, sondern beschäftigen tatsächlich Händler, die in manchen Jahren eine ordentliche Rendite für ihre Kunden einfahren. Wer das Finanzamt informiert und pünktlich seine Steuern zahlt, hat keine rechtlichen Probleme und muss auch keine großen moralischen Widerworte fürchten – er muss sich nur

darüber im Klaren sein, dass er einen Standort unterstützt, dessen Möglichkeiten andere zu kriminellen Taten reizen könnten.

Steuerhinterziehung, Steuerflucht, Asset Protection, Vermögensverwaltung: Die Übergänge sind fließend, die vier Gründe können sich überschneiden. Wer Millionen in die Hände eines Finanzverwalters gibt, gibt vielleicht auch noch ein bisschen mehr aus, um von irgendeiner Lücke zu profitieren, die sich zwischen den Steuergesetzen zweier Länder auftut. Und wenn dann die Millionen schon in einer Steueroase liegen, erscheint es gar nicht mehr so abwegig, dass das Geld mit einer Scheinrechnung auf einem anonymen Offshore-Konto verschwinden könnte ... Schon das Vermögensmanagement kann einen auf die schiefe Bahn führen.

Prominente Ausreden: Dabei sein ist alles

Wenn die Öffentlichkeit über Steuerhinterziehung diskutiert, ist meist gerade mal wieder ein prominenter Fall bekannt geworden. Im Frühjahr 2014 etwa traf es Alice Schwarzer. Die Frauenrechtlerin attestiert sich selbst einen »unbegrenzten Gerechtigkeits-sinn«. Gerne verweist sie auf einen Brief, den sie 1968 geschrieben hat: »Der Motor meines ganzen Handelns ist die Gerechtigkeit. Gerechtigkeit in meinem persönlichen Leben; in dem Land, in dem ich lebe; in der ganzen Welt. Ein Leben, in dem ich nicht alles in meiner Macht Stehende getan hätte, um dieses Ideal zu verwirklichen, wäre für mich ein verpasstes Leben.« Heute lesen sich diese »leidenschaftlichen Worte« (Schwarzer) etwas anders. Denn Alice Schwarzer ist eine Steuerhinterzieherin und steht damit wie andere berühmte Delinquenten plötzlich mit einer Tat im Fokus, deren Kern es ist, dass sie heimlich passiert. Steuerhinterziehung ist ein privates Delikt. Es braucht keine Komplizen im persönlichen Umfeld, die Insiderwissen haben, die auspacken

könnten. Es braucht nur einen Bankberater, der meist weit weg im Ausland sitzt. Mit dem man vielleicht nur telefoniert, dem man nie die Hand drücken muss. In Internetzeiten kann man den Kram auch online organisieren, ohne jeglichen menschlichen Kontakt. Und natürlich kann der Täter auch alleine ausbaldornern, wie er das Steuerzahlen am besten vermeidet. Wenn der Steuerberater nicht eingeweiht ist, gibt es keine Zeugen, die eine Tat beobachten können. Es gibt keinen Tatort, an dem Spuren haften. Es gibt keine Spuren oder Dokumente, weil die Banken nichts nach Hause schicken. Es gibt kein auffälliges Verhalten, kein Erröten.

Doch dann brechen plötzlich Steuerfahnder in diesen privaten Raum ein, der sogar durch das Steuergeheimnis gesetzlichen Schutz genießt: §355 im Strafgesetzbuch, es droht eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren. Kommt das intime Delikt trotzdem an die Öffentlichkeit, finden sich im Archiv oft diese verflixten Zitate. Alice Schwarzer: »Frauen sind es immer noch nicht gewöhnt, eine eigenständige Alterssicherung zu planen. Es ist zum Verzweifeln.« Der Interviewer fragt nach: »Dies wird Ihnen nicht passieren?« Schwarzer antwortet: »Ganz bestimmt nicht.« Eigentlich ist Frau Schwarzer – außer dem Finanzamt – niemandem Rechenschaft schuldig, was sie mit ihren Ersparnissen macht. Nur hat sie diese auf Kosten der Gemeinschaft vermehrt. In den 1980er Jahren hat sie Geld in die Schweiz verschoben und vor dem Fiskus versteckt. Die Schweizer *Sonntagszeitung* schreibt, die Frauenrechtlerin habe zuletzt 3,5 Millionen Euro auf einem Konto der Zürcher Privatbank Lienhardt & Partner geparkt. Das Geldhaus hat ihr dafür Zinsen gezahlt. Diese Kapitalerträge hätten versteuert werden müssen, heutzutage mit 25 Prozent. Doch Schwarzer hat dem Finanzamt dieses Einkommen verheimlicht und so ihre Ersparnisse schneller vermehrt, als es legal möglich gewesen wäre. So gerechnet können Schweizer viel attraktivere

Zinsen bieten als deutsche Finanzinstitute. Schwarzers Kapital hat sich nach eigenen Angaben auf dem Schweizer Konto »vervielfacht«. Damit aus einer Million mehr als drei Millionen werden, muss der Inhaber dreißig Jahre lang vier Prozent Zinsen bekommen.

2013 hat Schwarzer eine Selbstanzeige genutzt, um das Geld ohne Strafprozess wieder in die Legalität zu holen. Sie zahlte 200 000 Euro Steuern nach, plus Zinsen. »Ich habe den Fehler wiedergutmacht«, schrieb sie in einer persönlichen Erklärung. Aus finanzieller Sicht ist das nicht richtig: Der Großteil der Jahre, in denen sie steuerfrei Zinsen von ihrer Bank bekam, ist aus Sicht des Finanzamts verjährt.

Als die jahrelange Steuerhinterziehung Anfang 2014 ans Licht kam, reagierte Alice Schwarzer auf die öffentliche Empörung über ihre Tat ihrerseits empört. Mit ihrer Selbstanzeige habe sie »unaufgefordert die Initiative ergriffen«. Als hätte es keine Steuer-CDs, keinen Druck auf die Schweiz, keine anderen prominenten Fälle und keine gesellschaftliche Debatte gegeben. Und Schwarzer deutete an, dass mit ihr härter ins Gericht gegangen würde als mit anderen Steuerhinterziehern, dass »Experten von Dutzenden von Prominenten zu berichten wissen«, denen es ähnlich gehe wie ihr. Aber: »Über keinen von ihnen ist bisher geschrieben worden.« Doch das ist nicht ganz richtig. Die Meldung über ihr Schweizer Konto erschien in einer Ausgabe des *Spiegel*, die auf mehreren Seiten die Geschichte des Filmproduzenten Artur Brauner ausbreitete, der ebenfalls ein Konto in der Schweiz hatte und durch eine Steuer-CD aufgefliegen war. Als eine Razzia bei ihr später wieder in der Zeitung stand, reagierte sie nicht öffentlich. Nur ihr Anwalt teilte knapp mit, dass es Durchsuchungen gegeben habe.

Doch vor allem die Begründung Schwarzers, warum sie ihr Geld überhaupt in die Schweiz gebracht hatte, verwunderte viele: »Ich habe in Deutschland versteuerte Einnahmen darauf einge-

zahlt in einer Zeit, in der die Hatz gegen mich solche Ausmaße annahm, dass ich ernsthaft dachte: Vielleicht muss ich ins Ausland gehen. Es war einfach da. Zu meiner Beruhigung.« Der Bundesrichter Thomas Fischer, Vorsitzender des 2. Strafsenats in Karlsruhe, nannte diese Erklärung in einem Zeitungsbeitrag »atemberaubend«. Schwarzers Ausführungen seien entweder eine zynische Instrumentalisierung des Schicksals und der Angst echter politischer Flüchtlinge oder eine lächerliche Lüge.

Mit solchen verwirrenden Erklärungen für das eigene Fehlverhalten befindet sich Schwarzer in guter Gesellschaft. Ähnlich rätselhaft sind etwa auch die Erklärungsversuche von Helmut Linssen, ein weiterer Prominenter mit einem Konto in einer Steueroase. Der Mann verwaltete erst als Minister die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen und kümmerte sich zuletzt um die Finanzen seiner Partei, der CDU – bis er zurücktreten musste, weil er seine eigenen Geschäfte nicht dem Finanzamt gemeldet hatte, wie der *Stern* aufdeckte. Linssen unterhielt ein Konto bei der Luxemburger Bank HSBC Trinkaus & Burkhardt, Starteinlage laut *Stern* 829 322 Mark. Linssen hat Geld, er übernahm von seinem Vater einen Agrarhandel. »Zu keiner Zeit war er wirtschaftlich von der Politik abhängig«, schwärmt die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in einer Kurzbiografie. »Ich lebe nicht vom Mandat«, sagte Linssen selbst. Auf den Bankpapieren seines Luxemburger Kontos firmierten als Eigentümer erst eine Briefkastenfirma auf den Bahamas, dann eine Stiftung in Panama. Der *Stern* zitierte Bankunterlagen, die »Dr. Helmut Adolph Linssen« und seine Ehefrau als Bevollmächtigte auswiesen. Zudem sei auf dem Papier »Selbstabholung« angekreuzt gewesen. In der Regel ist das ein eindeutiger Hinweis, dass das Geschäft nicht ganz sauber ist. Denn mit dieser Regelung schickt die Bank keine Unterlagen nach Hause, sondern verwahrt sie in der Filiale, bis der Kunde kommt und die Kontoauszüge sichtet. Abgeholt wer-

den die Unterlagen meist erst, wenn es wirklich nötig ist – etwa weil man sie für eine Selbstanzeige benötigt.

Im Jahr 2005, wenige Monate vor der Landtagswahl in NRW, bei der Jürgen Rüttgers Ministerpräsident werden sollte, löste Linssen das Konto auf. Die letzten 141 113 Euro hob er bar vor Ort ab. Nach der gewonnenen Wahl wurde er Finanzminister und somit oberster Chef ausgerechnet jener Steuerfahnder und Staatsanwälte, die in Deutschland am offensivsten gegen Hinterzieher vorgehen. Der CDU-Minister kaufte in seiner Amtszeit drei Steuer-CDs, die Daten deutscher Kunden aus dem Ausland beinhalteten. Anfang 2010 wurde eine neue CD aus Luxemburg angeboten: mit Daten der HSBC Trinkaus. Linssens Bank. Im Sommer wurde Rüttgers abgewählt, Linssen schied aus dem Amt aus. Sein Nachfolger im Finanzministerium kaufte die Luxemburger CD – und die Fahnder entdeckten darauf den Namen ihres ehemaligen Chefs.

Die Ermittlungen zeigten, dass Linssen sich strafrechtlich nichts zuschulden hat kommen lassen. In der nicht verjährten Zeit hat er auf dem Auslandskonto Verluste eingefahren, es gab also nichts zu versteuern. Keine Schuld, keine Straftat. Trotzdem drängte ihn die CDU-Spitze zum Rücktritt als Bundesschatzmeister. Und er erklärte seine Geldgeschäfte so: »Wir mussten ein Erbe regeln und das ist nicht so leicht mit einer 90-jährigen Mutter. Wir haben die teuerste Variante gewählt, die keine Erträge brachte.«

Die Erklärungsversuche von Alice Schwarzer und Helmut Linssen klingen wohl auch deshalb so holprig, weil sie zwei politisch exponierte Personen sind. Sie liebt die gesellschaftliche Auseinandersetzung (»Das Vorführen von selbstgerechten Gegnern macht mir Spaß«), er war Finanzminister und verwaltete zuletzt die Millionen der Merkel-Partei. Andere Prominente, wie etwa Boris Becker und sein Stinkefinger, sind weniger zurückhaltend

und gehen gleich zum Angriff über, wenn sie ihr Handeln rechtfertigen. Wortgewaltig tritt zum Beispiel Theo Müller auf, der Besitzer diverser Molkerei-Firmen unter seinem Namen sowie Marken wie Weihenstephan und der Fischimbisskette Nordsee. »Ich werde enteignet, beraubt«, zeterte er 2003 in einem *Spiegel*-Interview und kündigte an, dass in wenigen Wochen die Möbelpacker vor seinem Haus auf dem lokal so bezeichneten Millionärshügel in Aystetten bei Augsburg vorfahren würden. Mit Sack und Pack und allen neun Kindern zog er von Bayern in die Schweiz, in die Nähe von Zürich. So wollte er der Erbschaftsteuer entkommen. Das Geld, das er in Deutschland über Steuern an die Gemeinschaft abführen müsste, wolle er lieber in das eigene Unternehmen investieren, sagte er damals, um zum zweitgrößten Molkereikonzern in Europa aufzusteigen. Er zeigte sich kämpferisch und äußerte Hoffnung, dass die Steuern in seinem Sinne gesenkt oder abgeschafft würden. »Es kann ja nicht wahr sein, dass man jemanden wie mich verjagt.«

Von dieser Illusion hat sich Müller nach zehn Jahren in der Schweiz wohl verabschiedet, eine Rückkehr nach Deutschland schließt er aus. »Ich werde sicher nicht nochmals umziehen«, sagt er im Interview mit der Schweizer *Handelszeitung*. Dazu sei er jetzt zu alt. In seinem »Exil« in Erlenbach an der Zürcher Goldküste sei es außerdem besonders schön. Sogar in der Steueroase Schweiz machte Müller Stimmung für niedrigere Steuern. Viele Schweizer Kantone bieten Ausländern an, statt Steuern eine pauschale Summe zu zahlen, die deutlich niedriger sein kann. Im Kanton Zürich stimmten die Bürger darüber ab, dieses Privileg abzuschaffen. »Da haben Sie im Vorfeld gedroht, bei einer Annahme der Initiative von Zürich wegzuziehen«, schreibt die *Handelszeitung* im Interview, worauf Müller antwortet: »Ich habe nie gedroht. Ich habe lediglich gesagt, vielleicht muss ich über den See in den Kanton Schwyz ziehen, vielleicht.« Tatsächlich

schaffte der Kanton Zürich die sogenannte Pauschalbesteuerung ab, doch Müller blieb trotzdem – ihm ist aufgefallen, dass er seine Steuern auch nun in der Schweiz weiterhin zu seinen Gunsten gestalten kann. Er habe sich aber immer absolut legal verhalten, betont Müller. Verständnis für Menschen, die illegal in die Schweiz gehen, hat er trotzdem: »Die Versuchung war natürlich immer groß bei dieser hohen Steuerbelastung in Deutschland.«

Obwohl Steuerhinterziehung ein privates Delikt ist, gibt es einen Herdentrieb: Wenn das – gefühlt – alle machen, warum soll ich der Einzige sein, der brav seine Steuern zahlt? So argumentierte zum Beispiel Peter Graf, der Vater der Tennisspielerin Steffi Graf. Er hatte in den neunziger Jahren versucht, Millionen am Fiskus vorbeizuschleusen, wurde erwischt und wegen Steuerhinterziehung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. »Ich wollte nicht dümmer sein als andere«, sagte er.

Der Fall Ulrich H.

Sie könne es auch gerne mal zeigen, sagt die Steuerfahnderin und steht auf. Sie nimmt ihren Aktenordner mit und geht nach vorne zum Tisch, wo die Richter der Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts München II sitzen. Die stehen auf, um in den Ordner sehen zu können. Von rechts kommt der Staatsanwalt dazu, von links die drei Männer in Talaren, die den mächtigsten Fußballmanager der Republik verteidigen. In den kommenden Minuten wird die Steuerfahnderin des Finanzamts Rosenheim die bis dato geheimen Geschäfte des Angeklagten zerlegen, Kontosalen auseinanderschneiden, Gewinne von Verlusten trennen – und am Ende wieder alles addieren und mit dem Steuersatz multiplizieren. Sie redet mit ruhiger, klarer Stimme. Sie stolpert über keine Zahlenkolonne und lässt sich auch nicht vom Theater des Starverteidigers beeindrucken, der sich nach besonders wichti-



Bastian Brinkmann

Die geprellte Gesellschaft

Warum wir uns mit der Steuerflucht von Reichen und Konzernen nicht abfinden dürfen

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 256 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-421-04646-8

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: September 2014

Google, Apple, Hoesness & Co. - Wie Steuerflucht unsere Gesellschaft untergräbt

Mit schöner Regelmäßigkeit werden prominente Steuersünder enttarnt. Doch diese Fälle sind harmlos im Vergleich zum Verhalten von Konzernen wie Google, Amazon & Co., die Steueroasen in der Schweiz oder der Karibik nutzen, während in den Ländern, in denen sie ihre Umsätze erwirtschaften, das Geld für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur fehlt. Die sogenannte Steuergestaltung ist ein Millionenspiel, das sehr wenige reich macht – und den großen Rest ärmer. Damit muss Schluss sein, meint Bastian Brinkmann. In seinem Buch enthüllt der Wirtschaftsjournalist die Tricks der Reichen und Konzerne und zeigt auf, warum der Staat nicht länger tatenlos zuschauen darf, wie er um sein Geld geprellt wird. Denn, so Brinkmann, schwerer als der finanzielle Schaden wiegen die ideellen Kosten: Massenhafte Steuerflucht stellt das Fundament unserer Gesellschaft in Frage.